

5. Eine geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen!

5.3 Wie wollen Sie die Entpathologisierung von Trans- und Intergeschlechtlichkeit durchsetzen?

Union



„Wir haben uns deutlich gegen jegliche Stigmatisierung oder Benachteiligung von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung ausgesprochen.“

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage III. 2./3. verwiesen.“

SPD



„Die gesamte Gesellschaft ist aufgefordert, geschlechtliche Vielfalt als eine Variante menschlicher Geschlechtsentwicklung anzuerkennen und nicht durch die Medizin in ein Korsett starrer Zweigeschlechtlichkeit einzupassen. Die aktuelle bevölkerungsrepräsentative Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes über Einstellungen gegenüber Lesben, Schwulen und Bisexuellen in Deutschland zeigt, dass es weiterhin viele Vorbehalte und viel Ablehnung gegenüber LSBTI gibt. Aufklärung über die besonderen Lebensweisen von LSBTI und die Auswirkungen häufig erfahrener physischer und psychischer Diskriminierungen ist deshalb besonders wichtig. Die Themen Trans- und Intergeschlechtlichkeit müssen fester Bestandteil der Aus-, Fort- und Weiterbildung in allen Gesundheits- und Bildungsberufen sein. Fachkräfte in den Bereichen Verwaltung, Sport, Polizei und Justiz müssen stärker für ihre Belange sensibilisiert werden. Trans- und Intersexualität muss weiter interdisziplinär unter Beteiligung von Kultur- und Gesellschaftswissenschaften sowie der Betroffenenverbände erforscht werden. Die SPD wird sich weiter in diesen gesellschaftlichen Prozess aktiv einbringen, jeder Diskriminierung und Stigmatisierung entschlossen entgegentreten und die politischen und gesetzgeberischen Spielräume zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit und Teilhabe von LSBTI nutzen.“

Linke



„Aufklärung und kultureller Wandel sind hier das A und O. Im Rahmen der von nationalen Aktionsplänen, Kampagnen der ADS, den Bildungsplänen und durch das politische Engagement der politische Akteure und Institutionen kann der Pathologisierung entgegengewirkt werden. DIE LINKE steht an der Seite von Trans-* und Inter*-Menschen. Normalität ist vielfältig und das ist auch gut so.“

Wir unterstützen Trans*Menschen in ihrem Kampf für das Recht auf selbstbestimmte Geschlechtsidentität. Das beginnt damit, Trans*Identitäten nicht mehr als Krankheit zu betrachten, die geheilt werden muss.

Begutachtungspflicht, Therapiezwang und das gerichtliche Verfahren müssen abgeschafft werden, wenn es darum geht, Vornamen und Personenstand zu ändern. Stattdessen muss dieses Verfahren in einen Verwaltungsakt überführt und auf Antrag ohne Vorbedingung diskriminierungsfrei geregelt werden.

Das Transsexuellengesetz muss als Sondergesetz aufgehoben und in bestehendes Recht integriert werden. Im Sinne einer bedürfnisorientierten und präventiven Gesundheitsversorgung brauchen Trans* Menschen (auch geflüchtete) Zugang zu allen transspezifischen medizinischen, therapeutischen und beratenden Leistungen und eine unbürokratische Kostenübernahme durch die Krankenkassen. Alle benötigten Leistungen müssen im Katalog der Kostenträger enthalten sein. Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau von Beratungsangeboten in Zusammenarbeit mit Trans*Initiativen ein.

Grüne



„Es ist für uns klar: Trans* und intergeschlechtliche Menschen sind nicht psychisch krank und dürfen nicht psychopathologisiert werden. Wir setzen uns auf nationaler und internationaler Ebene dafür ein, dass diese individuellen Geschlechtsidentitäten nicht mehr als psychische Störungen klassifiziert werden. Immer wieder haben wir öffentlich auf den Reformbedarf des Diagnosenkatalogs der Weltgesundheitsorganisation hingewiesen. Unsere parlamentarischen Initiativen sind zudem von dem Grundsatz geprägt, dass nur ein Mensch selbst letztlich über die eigene geschlechtliche Identität Auskunft geben kann. Unwissenschaftliche Diagnosen, bestimmte „Krankheitsbeschreibungen“ sowie enge, zweigeschlechtlich definierte Begutachtungs- und Behandlungsstandards gehören längst abgeschafft!“

FDP



Medizinisch nicht erforderliche Eingriffe bis hin zur Genitalverstümmelung im Kindes- und Jugendalter müssen auch in Deutschland ein Ende haben. Geschlechtsangleichende und „-korrigierende“ Maßnahmen sind nur mit der „informierten“ Einwilligung der Betroffenen vertretbar. Zwangseingriffe sind abzulehnen.

Sie können, obwohl sie Gesundheitsförderung suggerieren, selbst erhebliche psychische und physische Schäden verursachen. Im Dialog mit den Verbänden der medizinischen und sozialen Berufe muss für ein Menschenbild geworben werden, das die Einzigartigkeit jedes Menschen anerkennt und den Zwang zur Eindeutigkeit des Geschlechts beendet. Dem muss auch in Ausbildung und Lehre für die Heil- und Pflegeberufe, an Fachschulen und Universitäten entsprochen werden. Aber schon Bildungseinrichtungen müssen ein positives Bild gesellschaftlicher Vielfalt vermitteln, die den Menschen unabhängig von seiner anatomischen Disposition in seiner Würde als Individuum stärkt. Im Blick auf die Bundespolitik haben CDU und FDP im Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen eine Bundesratsinitiative zur Neufassung des weitgehend verfassungswidrigen Transsexuellenrechts vereinbart, bei dem insbesondere die Namens- und Personenstandsänderungen erleichtert werden sollen.“

AfD



„Wir möchten, wie eingangs postuliert, das Grundgesetz wieder vollumfänglich zur Geltung bringen. Für alle Menschen.“

Die Debatte über mögliche bzw. notwendige rechtliche, verwalterische oder medizinische Schritte ist von der Ideologie des Gender Mainstreaming loszulösen.

„Blockaden brechen – Respekt wählen! Gemeinsam für Freiheit und gleiche Rechte“
Wahlprüfsteine des LSVD zur Bundestagswahl 2017

Die Alternative für Deutschland sieht sich auch in einer politisch liberal-freiheitlichen Tradition verhaftet. Daher sind wir für den Grundsatz „so viel Freiheit wie möglich, so wenig Beschränkungen wie nötig“. Wir stehen dafür ein, dass jeder Mensch in unserem Land so freiheitlich wie nur irgend möglich leben kann. Dazu gehört selbstverständlich auch die freie Ausübung der eigenen Sexualität.

Die AfD steht für einen schlanken Staat für freie Bürger. Wir glauben nicht an die Wirksamkeit staatlicher vereinheitlichender Regelungswut in Bezug auf die Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung des Individuums. Ein jeder möge Leben, wie er es für richtig hält, so lange es im Rahmen der gültigen Gesetze stattfindet und die Rechte anderer Personen nicht eingeschränkt werden und zwar in Frieden, in Freiheit und in Sicherheit.“

Legende



super



ja



vage



nein



gefährlich